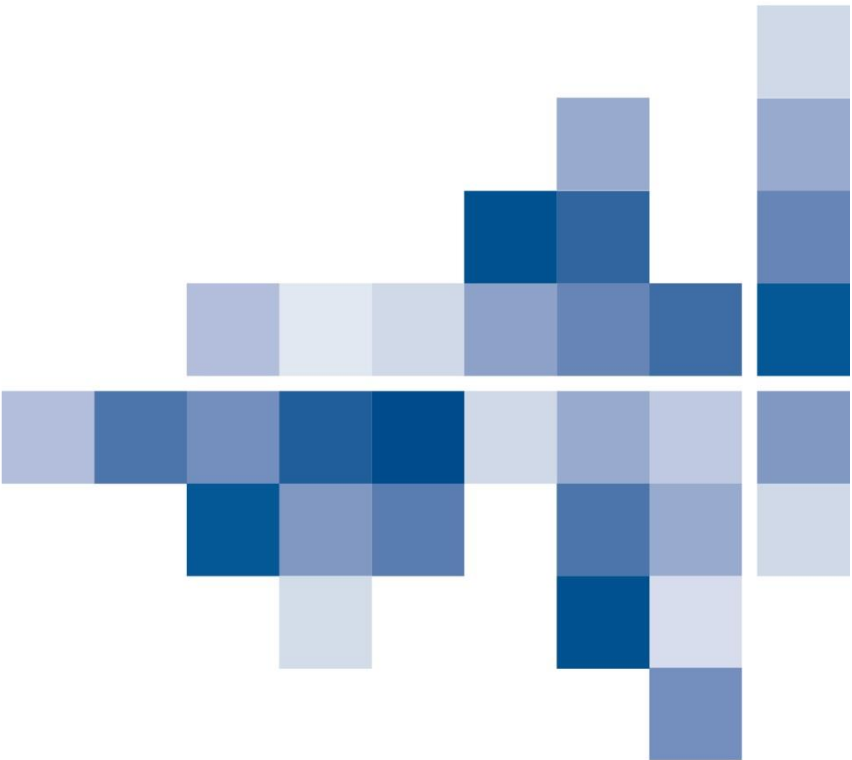


SIHK-POSITIONEN ZUR BUNDESTAGSWAHL 2021



SIHK-Positionen zur Bundestagswahl 2021

Am 26. September 2021 findet die Wahl zum 20. Deutschen Bundestag statt. Ein Thema, das die regionalen Unternehmen dabei besonders bewegt: Unter dem Eindruck der Corona-Pandemie müssen nach der Wahl wichtige Weichen für die Zukunft des Wirtschaftsstandortes gestellt werden. Doch dabei wird es nicht nur um die Krisenbewältigung alleine gehen, sondern vielmehr muss der Blick auch auf den permanenten Wandel gerichtet bleiben, dem die Wirtschaft stets unterworfen ist.

Der Weg aus der Krise wird umso besser gelingen, je deutlicher die zukünftige Bundesregierung auf Freiheit und Verantwortung in der sozialen Marktwirtschaft setzt. Nicht der Staat sollte über Produkte und Produktionen entscheiden, sondern verantwortungsbewusste Unternehmerinnen und Unternehmer, die ihre Marktchancen nutzen und im Wettbewerb Innovationen vorantreiben.

Dazu benötigen sie Rahmenbedingungen, die ihnen Wettbewerbsfähigkeit sichern und ein freies und verantwortungsvolles Handeln ermöglichen – national wie international. Krisenbewältigung ist kein offenes Tor für Protektionismus oder Staatswirtschaft. Sie kann nur gelingen mit guten Rahmenbedingungen für wettbewerbsfähige Unternehmen, die allerdings zur unmittelbaren Bewältigung der Krise staatliche Unterstützung benötigen.

Die „SIHK-Positionen zur Bundestagswahl 2021“ sind das Ergebnis eines umfangreichen Meinungsbildungs- und Beteiligungsprozesses.

Kurz und knapp: Die acht Kernpositionen

der SIHK zu Hagen zur Bundestagswahl 2021:

1. Gemeinsam die Pandemie-Krise bewältigen

- Der notwendige Abbau der Corona-Schulden sollte über gezielte Impulse zum Wirtschaftswachstum angegangen werden. Die konjunkturelle Erholung darf nicht durch Steuererhöhungen ausgebremst werden.
- Vorübergehende Liquiditätsprobleme der Unternehmen müssen weiterhin

durch schnell wirkende Förderhilfen und steuerliche Maßnahmen abgedeckt werden. Unternehmen und Branchen sollten gezielt nach ihrer jeweiligen Betroffenheit gefördert werden. Die Förderhilfen und Maßnahmen müssen dabei auf diejenigen Unternehmen begrenzt werden, deren Schwierigkeiten tatsächlich auf der Corona-Pandemie beruhen.

- Gemeinsam mit dem Bankensektor muss die Finanzierung von Unternehmen auch nach der Krise sichergestellt werden. Hierzu sollten die Instrumente zur Beteiligungsfinanzierung mittelstandsorientiert ausgebaut werden. Mehr privates Beteiligungskapital kann z. B. durch bessere steuerliche Verlustverrechnungsmöglichkeiten und Rahmenbedingungen für Investoren aktiviert werden.
- Die öffentlichen Haushalte und insbesondere auch die kommunalen Finanzen müssen langfristig konsolidiert und stabilisiert werden.
- Die Politik sollte durch den Ausbau der staatlichen Investitionen in die Infrastruktur, die Wettbewerbsbedingungen der Unternehmen weiter verbessern und mehr private Investitionen, mehr Wirtschaftswachstum und damit auskömmliche Steuereinnahmen ermöglichen.

2. Innenstädte stärken

- Durch die Corona-Krise sind die Innenstädte und Zentren von einem strukturellen Wandel betroffen, der auch nach der Pandemie Bestand haben wird. Mit ihrem vielfältigen Angebot müssen sie daher erfolgreich als Treffpunkt und Shopping-Erlebnis in Erinnerung gebracht werden und den Innenstädten und Zentren ein neues, unverwechselbares Gesicht verliehen werden.
- Die Revitalisierung von Innenstädten, Handel, Gastronomie, Hotellerie, Veranstaltungswirtschaft, Kunst und Kultur ist eine gemeinsame Aufgabe von Bund und Ländern. Gemeinsam müssen geeignete Fördermaßnahmen entwickelt werden.

3. Den Industriestandort Deutschland international wettbewerbsfähig erhalten

- Eine leistungsstarke Verkehrsinfrastruktur muss gesichert werden. Hierzu sind die Energie- und Breitbandnetze zukunftsfähig weiterzuentwickeln und auszubauen.
- Eine bezahlbare, verlässliche und zukunftsorientierte Energieversorgung muss jederzeit sichergestellt werden.
- Deutschland benötigt ein modernes und im internationalen Vergleich wettbewerbsfähiges Steuersystem.
- Bürokratie muss abgebaut werden und die Verwaltung muss zügig digitalisiert werden. Die Regelung „one in, one out“ beim Bürokratieabbau konnte insgesamt eine Zunahme der Regulierungsdichte nicht verhindern. Gesetze müssen verständlicher, verlässlicher und praxisnäher gestaltet sein. Wirkungen von neuen Regelungen müssen realistischer eingeschätzt werden. Anreizsysteme für Unternehmen sollten strikten Reglementierungen vorgezogen werden.
- Durch eine der Nachhaltigkeit verpflichtete Politik sollte eine Ressourcen schonende und energieeffiziente Wirtschaft gefördert werden. Durch die Entwicklung von innovativen Produkten und Dienstleistungen, tragen viele Unternehmen zu den Zielen für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen bei. Allerdings müssen Rahmenbedingungen so gestaltet werden, dass Unternehmen weiterhin wettbewerbsfähig arbeiten können und die notwendigen Freiräume für die Wahrnehmung und Ausgestaltung unternehmensspezifischer Verantwortung sichergestellt sind.

4. EU-Binnenmarkt verwirklichen

- Der Binnenmarkt sollte weiter vorangetrieben werden und Rahmenbedingungen für unternehmerisches Handeln mit Augenmaß gesetzt werden.
- Der Waren-, Dienstleistungs-, Personen- und Kapitalverkehr ist weiter zu erleichtern.
- Rechtsvorschriften müssen einheitlich angewandt und konsequent durchgesetzt werden.
- Die Bestimmungen der EU-Datenschutz-Grundverordnung müssen praxisgerecht nachgebessert werden.

- Beim Green Deal gilt es Wettbewerbsnachteile durch steigende CO₂-Preise gegenüber Konkurrenten außerhalb der EU zu vermeiden – und die Abwanderung von Wertschöpfung zu verhindern.

5. Digitalisierungsschub als Chance nutzen

- Informations- und Fördermöglichkeiten im Bereich der Digitalisierung müssen für Unternehmen etabliert werden.
- Forschung und Entwicklung müssen im Bereich Digitalisierung gefördert werden und die Ergebnisse der Industrie als Grundlagentechnologie zur Verfügung stehen.

6. Resilienz des Industriestandorts Deutschland erhöhen

- In der Forschungs- und Förderpolitik sollten flexible und technologieoffene Ansätze verfolgt werden.
- Zur breiteren Nutzung industrierelevanter Querschnittstechnologien, wie Künstliche Intelligenz (KI) oder Wasserstoff (H₂), müssen marktnahe Strategien entwickelt und gemeinsam mit Wirtschaft, Wissenschaft und Politik gestärkt werden.

7. Gemeinsam die Industrie der Zukunft angehen

- Künstliche Intelligenz muss in die praktische Anwendung gebracht und digitale Infrastrukturen ausgebaut werden.
- Bei der Innovationsförderung werden vereinfachte Antragsverfahren, verständliche Formulare und Erklärungen sowie zügige Bearbeitungszeiten benötigt.
- Die Akzeptanz von Industrie muss erhöht werden.

8. Bildungspolitik: Schulen und Hochschulen für digitales Zeitalter rüsten

- Schulen und Hochschulen müssen digital zukunftsfest aufgestellt und ausgestattet werden.
- Die Attraktivität dualer Berufsausbildung sollte durch passgenaue Förderprogramme, größere Durchlässigkeit von beruflicher Bildung in den Hochschulbereichen und Qualitätsverbesserungsstrategien gesteigert werden.
- Neue Berufsbilder und Ausbildungsordnungen – insbesondere mit Blick auf die Digitalisierung – müssen schneller und mit Vorlauf für die Betriebe weiterentwickelt werden.
- Digitale Berufsorientierungsangebote im Übergang Schule – Beruf sollten stärker gefördert werden.
- Die Gleichwertigkeit von akademischer und beruflicher Ausbildung muss anerkannt und durch zügige Umsetzung der Abschlussbezeichnungen Bachelor / Master Professional sowie durch den Ausbau studienintegrierender Ausbildungsformen gefördert werden. Gleichwertigkeit bedeutet aber nicht Gleichartigkeit: Die besondere Praxisnähe bleibt Alleinstellungsmerkmal insbesondere der gewerblich-technischen Ausbildung.



KONTAKT

Südwestfälische
Industrie- und Handelskammer
zu Hagen

Bahnhofstraße 18
58095 Hagen
Christoph Brünger
Tel.: 02331 390-280
Fax: 02331 390-362
bruenger@hagen.ihk.de